

Dokumentation

Aktion Blickwechsel

im Rahmen der Kampagne
„Wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit“



BLICKWECHSEL
Wir sagen NEIN
zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit



Planerladen e.V.

Rückertstraße 28

44147 Dortmund

Tel. 0231/828362

www.planerladen.de

www.integrationsprojekt.net

Dortmund, 2012

Aktion "Blickwechsel": Planerladen e.V. mahnt an: Es ist Zeit für einen Blickwechsel“ in der Nordstadt und eine Allianz für soziale Inklusion statt Ausgrenzung der Schwächsten!

Mit der Kampagne "Blickwechsel" forderte der Planerladen e.V. einen radikalen Perspektivenwechsel: Es ging vor allem um die Abkehr von der vorherrschenden Sündenbockpolitik und Scheinheiligkeit. Statt nach dem Motto "teile und herrsche" die unterschiedlichen Gruppen gegeneinander auszuspielen und die soziale Entsolidarisierung des unteren Drittels zu betreiben, sollten die wahren Verursacher der Probleme in den Blick gerückt werden.

Hintergrund der Kampagne

Viele Probleme in der Nordstadt sind hausgemacht und bestehen bereits seit Jahren, z.B. die sog. Problemhäuser. Warum werden in der Öffentlichkeit immer nur die in den heruntergekommenen Häusern hausenden Sinti und Roma zum Thema gemacht? Wohin sind sie übrigens verfrachtet worden? Ist sichergestellt, dass sie nun menschenwürdig untergebracht sind? Wo bleiben die angeblich mit den Füßen scharrenden Handwerker für die Sanierung der heruntergekommenen Gebäude, die z.T. mit herzensrührendem, pressefüllendem Hilfesgeschrei der Verwaltungsgesellschaft unter Einsatz von Muskelmännern geräumt wurde? Warum sind die Ordnungs- und Sicherheitshüter nicht im Einsatz gegen diese von Sanierungswut getriebene und seinerzeit leider durch die Roma-Besetzung davon abgehaltene "Verwaltungsgesellschaft"? Diese und andere Fragen standen hinter der Motivation, eine öffentlichkeitswirksame Kampagne ins Leben zu rufen.



Denn der Blick müsste sich doch vor allem auf die Eigentümerinnen und Eigentümer richten, die über Jahre hinweg ihre Häuser leer stehen und verkommen lassen und daraus sogar noch Profit geschlagen haben und es immer noch tun. Genau dies führt häufig zu einer Spirale des Verfalls: Verwahrlosung und schließlich auch Vermüllung sind die Folge.

Es werden Geschäfte mit der Armut gemacht, wie das Beispiel des Missbrauchs einer in der Nordstadt vertretenen Stiftung zeigt. Für die Menschen hingegen, die in diesen sog. Problemhäusern ein Dach über dem Kopf gefunden haben, bilden diese oftmals den einzigen Ausweg in ihrer Not.

Warum stehen stets nur die vermeintlichen Schwarzarbeiter im Zentrum der Aufmerksamkeit? Hier müsste der Blick viel stärker in Richtung der Firmen gelenkt werden, die die Schwarzarbeiter beschäftigen. Sie sind die Kriminellen, die belangt werden müssen. Wo bleiben die passgenauen Konzepte und Angebote seitens der Stadt/ARGE/Wohlfahrtsverbände etc. für die Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, außer sich als letzten Ausweg zu prostituieren oder mutmaßlich der Schwarzarbeit nachzugehen?



Die Institutionalisierung der Ravensberger Straße als legaler Straßenstrich im unmittelbaren Nahbereich zu den Wohnquartieren der Nordstadt war schon damals eine falsche Weichenstellung.

Viele von den heutigen schärfsten Kritikern gehörten jener Zeit zu den engagiertesten Verfechtern dieser vermeintlichen Lösung. Ein wesentlicher Effekt war die Aufweichung des Sperrbezirks. Die problemhafte Entwicklung war für jeden mit gesundem Menschenverstand eine voraussehbare und ist nachweislich nicht erst mit der Zuwanderung aus Osteuropa entstanden.

Warum wurde die ganze Zeit immer nur auf die Prostituierten geschaut? Der Blick hätte längst auf die Zuhälter und auf die Freier gerichtet werden müssen. Sie sind es, die gegen Gesetze verstoßen. Sie sind es, gegen die vorgegangen werden muss, und zwar nicht nur halbherzig. Denn nicht wenigen Prostituierten bleibt oft keine andere Wahl, als dieser (legalen!) Beschäftigung nachzugehen.

Ansatzpunkte

Schluss mit ...

- ⇒ Sündenbockpolitik
- ⇒ Spekulation
- ⇒ Ausbeutung
- ⇒ Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit
- ⇒ menschenverachtenden Wohnbedingungen

Eintreten für

- ⇒ die Bekämpfung von verantwortungslosen Spekulanten, Sklavenhändlern und zügellosen Freiern
- ⇒ die Herstellung von menschenwürdigen Wohn- und Lebensverhältnissen für alle
- ⇒ die Schaffung von legalen Verdienstmöglichkeiten für Zugewanderte
- ⇒ ernsthafte zielgruppenorientierte Wohnkonzepte für Roma-Familien



Mit der Kampagne Blickwechsel rief der Planerladen e.V. alle zum Kampf gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit auf! Sieben Banner hingen entlang der Mallinckrodtstraße vom 10.05.2011 bis zum 31.10.2011. Nach dem Aktionszeitraum hingen die Bannermotive noch lange rotieren am Standort der Integrationsagentur in der Schützenstraße 42. Ziel der Aktion war es, die Öffentlichkeit auf die oben genannten Problemfelder in der Dortmunder Nordstadt aus einem anderen Blickwinkel aufmerksam zu machen, sie für die eigentliche Problematik und somit für das Wesentliche zu sensibilisieren, indem der Blick auf die wahren Verursacher gelenkt und eine aufgeklärte Diskussion in Gang gebracht wurde.

Motive der Banner

BLICKWECHSEL
Stolipinovo helfen! Hier und heute!
Wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit!



BLICKWECHSEL
...denen, die mit Armut Geschäfte machen, das Handwerk legen!
Wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit!



BLICKWECHSEL
Sklavenhändler, hast Du Arbeit für mich? Ich tu alles für Dich!
Wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit!



BLICKWECHSEL
Sklavenhändlern das Handwerk legen! Ausbeutung stoppen!
Wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit!



BLICKWECHSEL
Arm trotz Arbeit.
Wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit!



BLICKWECHSEL
Spekulanten das Handwerk legen!
Wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit!



BLICKWECHSEL
Sündenbock
Wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit!





Pressespiegel

Blickwechsel in Nordstadt

Planerladen will auf eigentliche Gründe für Probleme aufmerksam machen

„Blickwechsel - Wir sagen nein“ ist eine Aktion des Planerladens e.V. gegen die Ausgrenzung von Schwachen.

NORDSTADT. Die Kampagne fordert einen radikalen Perspektivenwechsel: Dem Planerladen geht es dabei vor allem um die Abkehr von der seiner Meinung nach vorherrschenden Sündenbockpolitik und Scheinheiligkeit. Sieben Banner hängen entlang der Mallinckrodtstraße und ein achttes am Standort der Integrationsagentur in der Schützenstraße 42. Ziel der Aktion ist es, die Öffentlichkeit auf die oben genannten Problemfelder aus einem anderen Blickwinkel aufmerksam zu machen und sie auf die laut Planerladen die eigentliche Problematik aufmerksam zu machen.

Viele Probleme in der Nordstadt seien hausgemacht und beständen bereits seit Jahren, so etwa die sogenannten „Ekelhäuser“. Der Planerladen beklagt die öffentliche Fokussierung auf die Sinti und Roma. Der Blick müsse sich vor allem auf die Eigentümer etwa des Hauses Mallinckrodtstraße 317 richten, die über Jahre hinweg ihre Häuser leer stehen und verkommen lassen hätten. Genau dies führe häufig zu einer Spirale des Verfalls. Der Planerladen fragt, wa-

rum nur die vermeintlichen Schwarzarbeiter im Zentrum der Aufmerksamkeit stünden. Der Blick müsse viel stärker in Richtung der Firmen gelenkt werden, die die Schwarzarbeiter beschäftigen. Der Planerladen fragt weiter nach den Konzepten und Angeboten seitens der Stadt, der ARGE oder der Wohlfahrtsverbände für die Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien.

Die Institutionalisierung der Ravensberger Straße als legaler Straßenstrich im unmittelbaren Nahbereich zu den Wohnquartieren der Nordstadt sei eine falsche Weichenstellung gewesen. Viele der heutigen Kritiker gehörten laut Planerladen zu den engagiertesten Verfechtern dieser vermeintlichen „Lösung“. Ein wesentlicher Effekt sei die Aufweichung des

Sperrbezirks gewesen. Der Blick hätte sich laut Planerladen auf die Zuhälter und auf die Freier richten müssen, da sie es seien, gegen die vorgegangen werden müsse. Den Prostituierten bleibe oft keine andere Wahl.

Mit den Bannern der Kampagne „Blickwechsel“ ruft der Planerladen alle zum Kampf gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit auf.



Die Banner des Planerladens sollen auf einen anderen Blickwinkel der aktuellen Probleme in der Nordstadt aufmerksam machen. Foto: privat

Quelle: CityAnzeiger 25.05.2011

Hintergrund

Mieterforum Nr. 26/2011

BLICKWECHSEL

Sündenbock

Wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit!

ROMA IN DORTMUND

Keine Wohnung frei!?

Kriminalität, Ekelhäuser, Matratzenlager. Das sind nur ein paar Stichworte, die im Zusammenhang mit den bulgarischen und rumänischen Zuwanderern in Dortmund stehen. Die Vorurteile gegenüber diesen Menschen, die zum Großteil der Volksgruppe der Roma angehören, sind ebenso zahlreich wie die Probleme, die sie bewältigen müssen.

Momentan leben offiziell etwa 1.400 Bulgaren und 1.100 Rumänen in Dortmund. Tatsächlich sind es sehr viel mehr, denn die Dunkelziffer ist hoch. Seit 2007 haben bulgarische und rumänische Staatsbürger, laut EU, das Freizügigkeits-Recht. Sie dürfen sich hier aufhalten, es gibt aber Einschränkungen in Bezug auf ihre Arbeitserlaubnis. Bis 2014 dürfen sie in Deutschland ausschließlich selbstständige Arbeiten verrichten oder müssen eine Arbeitserlaubnis beantragen. Die bleibt ihnen jedoch meist verwehrt, auch Sozialhilfe steht ihnen nicht zu. Kein Wunder, dass sich viele der Menschen in Schwarzarbeit flüchten. Auch der Straßenstrich weitete sich dermaßen aus, dass die Stadt die komplette Schließung als einzige Lösung sah.

Frank Merkel, Integrationsagentur der Caritas, und Tülin Kabis-Staubach vom Planerladen bezweifeln, dass dieser Schritt die Prostitution in Dortmund eindämmt. Sie gehen davon aus, dass es nun mehr illegale Wohnungsprostitution gibt.

Kein Wohnraum vorhanden?

Die Probleme der Neuzuwanderer beschränken sich nicht auf die Arbeitssuche. Eine große Schwierigkeit ist, dass sie keine Wohnung finden – trotz vorhandenem Wohnraums. Die 23-jährige Bulgarin Iliyana Georgieva erzählt: „Immer wenn ich sagte, woher ich komme, hat der Vermieter aufgelegt.“ Es wird diskriminiert auf dem Wohnungsmarkt. Das weiß auch Tülin Kabis-Staubach: „Es gibt Vermieter, die sagen: Wir nehmen gerne Menschen mit Migrationshintergrund. Aus der Türkei, aus Russland. Aber bei Rumänen und Bulgaren sagen sie nein.“

Kakerlaken

Zu schockierend sind die Schlagzeilen der Vergangenheit, vor allem die Roma gelten als kriminell. Außerdem kennt man die Geschichten vom Arbeiterstrich und von skrupellosen Mittelsmännern. Und dann sind da noch die komplett verwahrlosten Ekelhäuser. Dort wohnen

zahlreiche Menschen, die horrende Mieten von mehreren hundert Euro für eine Matratze bezahlen. Völlig verdeckte Sanitäreinrichtungen und von Kakerlaken übersäte Fußböden sind keine Seltenheit. Klar ist, dass sich eine Vielzahl dieser Häuser bereits in einem schlechten Zustand befand, bevor die Bulgaren und Rumänen nach Dortmund kamen. Dennoch sehen sich die Eigentümer nicht in der Pflicht, auch selbst gegen den Verfall vorzugehen. Sie wälzen die Schuld komplett auf die Mieter ab. Es gibt auch jene Fälle, in denen Menschen überhaupt keine Wohnung finden. Bevor sie auf der Straße oder im Auto leben müssen, versuchen sie bei Bekannten und Verwandten unterzukommen, was wieder zu überfülltem Wohnraum führt.

Salonfähige Vorurteile

„Das große Problem sind die Vorurteile gegenüber den Roma“, sagt Frank Merkel. „Es gibt in Deutschland, aus meiner Sicht, keine andere Gruppe gegenüber der sie so hartnäckig und dabei auch noch salonfähig sind.“ Schade, für diejenigen, die nicht zu den Problemverursachern gehören. „Die meisten dieser Menschen kommen aus enormer Armut hierher, in der Hoffnung auf ein besseres Leben“, so Merkel. „Einmal hier, wird aus ihrer großen Existenznot Profit gemacht.“

Zweilichtige Mittelsmänner

Es ist nicht leicht, hinter die Fassaden zu blicken. Zu viel passiert in diesem Milieu über Mittelsmänner, die einem Arbeit beschaffen oder eine Wohnung. Schriftliche Verträge gibt es keine, alles läuft über mündliche Vereinbarungen.



20

Zeit für einen „Blickwechsel“ in der Nordstadt

Echo der Vielfalt 9/2011

Die Dortmunder Nordstadt ist ein typischer Einwanderungsstadtteil, in dem unterschiedlichste Gruppen aus verschiedenen Nationen aufeinandertreffen. Aktuell gibt es in der Dortmunder Nordstadt eine zunehmende Zahl von Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien; unter ihnen ist die Gruppe der Roma seit geraumer Zeit besonders stark von Diskriminierung betroffen. Die Situation ist skandalisiert, die Gemüter sind erhitzt

Die nun vom Planerladen e.V. mit Unterstützung des Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgers GrünBau gGmbH gestartete Kampagne im öffentlichen Raum fordert einen radikalen Perspektivenwechsel in der aktuellen Diskussion um diese Themen.

Warum werden in der Öffentlichkeit immer nur die in den heruntergekommenen Häusern „hausenden“ Sinti und Roma zum Thema gemacht? Der Blick müsste sich doch vor allem auf die Eigentümer richten, die über Jahre hinweg ihre Häuser leer stehen und verkommen lassen und daraus sogar noch Profit schlagen. Genau dies führt häufig zu einer Spirale des Verfalls: Verwahrlosung und schließlich auch Vermüllung sind die Folge.

Warum stehen stets nur die vermeintlichen Schwarzarbeiter im Zentrum der Aufmerksamkeit? Hier müsste der Blick viel stärker in Richtung der Firmen gelenkt werden, welche die Schwarzarbeiter beschäftigen. Sie sind die Kriminellen, die belangt werden

müssen.

Warum wurde die ganze Zeit immer nur auf die Prostituierten geschaut? Der Blick hätte längst auf die Zuhälter und auf die Freier gerichtet werden müssen. Sie sind es, die gegen Gesetze verstoßen. Sie sind es, gegen die vorgegan-

- die Herstellung von menschenwürdigen Wohn- und Lebensverhältnissen für alle!
- die Schaffung von legalen Verdienstmöglichkeiten für Zuwanderer!
- ernsthafte zielgruppenorientierte Wohnkonzepte für



Projekt des Planerladens

Quelle der Fotos: Knut Vahlensieck, Westfälische Rundschau

gen werden muss, und zwar nicht nur halbherzig. Denn nicht wenigen Prostituierten bleibt oft keine andere Wahl, als dieser (legalen!) Beschäftigung nachzugehen.

Schluss mit ...

- Sündenbockpolitik!
- Spekulation!
- Ausbeutung!
- Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit!
- menschenverachtenden Wohnbedingungen!

Eintreten für...

- die Bekämpfung von verantwortungslosen Spekulanten, Sklavenhändlern und zügellosen Freiern!

Roma-Familien!

Mit der Banner-Aktion „Blickwechsel“ entlang der Mallinckrodtstraße ruft der Planerladen e.V. zum Kampf gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit auf! Ziel der Aktion ist es, die Öffentlichkeit auf die oben genannten Problemfelder in der Dortmunder Nordstadt aus einem anderen Blickwinkel aufmerksam zu machen, sie für die eigentliche Problematik und somit für das Wesentliche zu sensibilisieren.

Kontakt:

Planerladen e.V.
Schützenstr. 42, 44147 Dortmund

Hürriyet 8 Temmuz 2012



Dernek yetkilileri Regina Hermanns, Martin Eder, Dennis Zilske ve Tülin Kabis-Staubach (soldan sağa) 'Bakış açını değiştir, Herkes için insan onuruna yakışır yaşam şartı' yazılı pankartı asmaya izin alamadıklarını söyledi.

Pankarta yasak

Dortmund'da ayrımcılığa karşı hazırlanan 'Bakış açını değiştir' yazılı pankartları asmak isteyen Planerladen Derneği Başkanı Tülin Kabis-Staubach, afişlerin belediye meclis kararıyla engellendiğini ileri sürdü.

■ Cengiz PARLAYAN / DORTMUND

ALMANYA'nın Dortmund kentinde faaliyet gösteren Planerladen Derneği'nin geçen yıl Mayıs ayında Nordstadt semtindeki Mallickrodt Caddesi'nde ayrımcılığa karşı astığı 'Bakış Açını Değiştir' yazılı yedi adet pankartı tekrar asmak istemesine belediyeden tepki geldi. Bu isteğin Nordstadt Semt Belediye Meclisi tarafından engellendiğini açıklayan Planerladen Derneği Başkanı Tülin Kabis-Staubach, şöyle dedi:

"Bu pankartları özellikle AB üyesi olan Bulgaristan ve Romanya'dan gelen vatandaşlara yapılan ayrımcılığa karşı asıyoruz. O ülkelerde fakirlik içinde yaşayan bu insanlar Avrupa'nın zengin ülkelerine geliyor. Geçimlerini sağlamak için gelen bu insanlar hem kendileri hem de çocuklarının geleceği için bir perspektif yaratmak istiyor. Almanya'ya gelen bu insanlar burada da çok kötü şartlarda yaşamak



Tülin Kabis-Staubach

zorunda kalıyor. Ev kiralamak istediklerinde kimse onlara ev vermek istemiyor. Bölgedeki sorunların sorumlusu olarak siyasetçiler de bu insanları görüp, günah keçisi ilan ediyor. Bu sorunları ortaya koymak için tekrar pankartları caddeye asmak istedik. Ancak Nordstadt'taki siyasetçiler bu gerçeklere Parmak basmamızdan hoşlanmayarak meclis kararı ile pankart asmamızı engellediler."

Trafiği bahane ettiler

Pankartların asılmaması kararının trafiği engelleme bahanesi ile alındığına dikkat çeken Tülin Kabis-Staubach, "Bu pankartlar geçen yıl aynı caddeye asılmıştı ve hiçbir trafik sorunu yaşanmamıştı. Böyle bir karar alma hakları yok ve bu karar aslında bir sansürdür. Dolayısıyla bu pankartları biz derneğimizin bürosunun levhasının alt kısmına asıyoruz. Pankartlarla bu insanların sorunlarına dikkat çekmeye devam edeceğiz" dedi.

WR, 06.07.2012

Streit um politische Banner

Planerladen-Chefin spricht von Zensur – Anwohner fühlen sich beleidigt

Von Christina Römer

„Wir wollen uns nicht den Mund verbieten lassen“ – Tülin Kabis-Staubach vom Planerladen lässt nicht locker. Sie kämpft weiterhin für die „Blickwechsel“-Plakate, die vor rund acht Monaten abgehängt werden mussten.

Von Mai bis Oktober 2011 hingen die sieben Banner an der Malinckrodtstraße – forderten dazu auf, Spekulanten das Handwerk zu legen, machten auf Menschen aufmerksam, die trotz Arbeit arm sind, setzten sich für die Bulgaren aus Stolipinovo ein. Nicht jedem gefielen die Plakate – die Bezirksvertretung (BV) beschloss, dass sie entfernt werden müssen. „Durch die Aussagen auf den Bannern fühlen sich die Anwohner als Rassisten bezeichnet, weil sie sich für die Verdrängung von Straßenprostitution und deren Begleiterscheinung eingesetzt haben“, heißt es in der Begründung der BV-Entscheidung.

Allerdings wird auf keinem der Banner die Schließung des Straßenstriches thematisiert. „Wir kritisieren Menschen, die die Not ander



Die Mitarbeiter des Planerladens protestieren gegen die „Zensur“.

FOTO: KNIUT VAHLENSIECK

rer Menschen ausnutzen“, meint Kabis-Staubach. Zum Beispiel, indem sie Menschen als Schwarzarbeiter beschäftigten, oder als Eigentümer heruntergekommener Häuser Geschäfte mit Neuzuwanderern machten, die dort auf Matratzenlagern zusammengepfercht würden. „Es kann sich nur jemand

kritisiert fühlen, der selbst Schwarzarbeit anbietet oder sein Haus verkommen lässt“, betont Kabis-Staubach.

Plakate nun an Schützenstraße

Die Planerladen-Chefin ist überzeugt: Die Entscheidung der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord (Mehrheitsbeschluss von CDU und SPD, Enthaltung der Grünen) ist eine Zensur. Sie bleibt am Ball: „Wir wollen nicht, dass unsere Forderungen in Vergessenheit geraten.“ Deshalb hängen die Banner ab sofort abwechselnd an den Räumen der Integrationsagentur des Planerladens an der Schützenstraße 42.

„Die Bezirksvertretung hätte das gar nicht verbieten dürfen“, glaubt

Kabis-Staubach. Schließlich habe die Genehmigung von der Verwaltung vorgelegen. Stadtsprecher Michael Meinders ist anderer Meinung: „Natürlich kann die Bezirksvertretung die Verwaltung beauftragen, wenn es Bedenken aus der Bürgerschaft gibt.“ Der Beschluss der BV sei verpflichtend für die Verwaltung. „Die Verwaltung hat sich ja kulant gezeigt und die Banner noch für die Dauer der Genehmigung hängen lassen.“ Nur verlängert worden sei die Aktion nicht. Doch, selbst wenn die BV sich nicht mit dem Thema beschäftigt hätte, „wäre die Aktion höchstwahrscheinlich nicht verlängert worden, da die Banner schon relativ lange dort hingen“, meint Michael Meinders.

Wortlaut einiger Plakate

■ Wortlaut einiger Plakate, die jeweils die Überschrift „Blickwechsel“ tragen und den Zusatz: „Wir sagen NEIN zu Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit!“:

■ „Stolipinovo helfen! Hier und

heute!“ – „...denen, die mit Armut Geschäfte machen, das Handwerk legen!“ – Sklavenhändlern das Handwerk legen! Ausbeutung stoppen!“ – „Arm trotz Arbeit“ – „Spekulanten das Handwerk legen!“